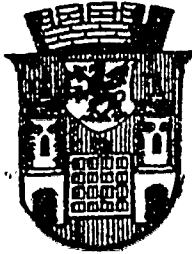


# Schwedter Tageblatt

Verkündungsblatt für alle Bekanntmachungen der Städte Schwedt und Bierraden

Fernsprecher Nr. 42

Das „Schwedter Tageblatt“ erscheint täglich. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung aus der Geschäftsstelle 1,40 M., bei Lieferung durch unsere Boten frei ins Haus 1,50 M. für den Monat. Für Postbezieher Bestellgeld besonders.



Postcheckkonto Berlin 39142.

Anzeigen werden die einpaltige Zeile mit 20 Pf. berechnet. Für Innehaltung der Wiederholungsdaten wird keine Gewähr übernommen. Schluß der Anzeigenannahme 11 Uhr vormittags, größere Anzeigen werden tags vorher erbeten.

Druck und Verlag: Buchbinder F. Schulz in Schwedt a. D. Für den Inhalt verantwortlich: F. Schulz in Schwedt a. D.

Nummer 108

Freitag, den 9. Mai 1930

37. Jahrgang

## Chronik des Tages.

\* Trotz des warmen Eintretens Groeners für den Panzerkreuzer B wurde dieser im Haushaltsauschuß des Reichstages mit 19 gegen 13 Stimmen abgelehnt.

\* Im Reichskabinett einigte man sich auf einen fünfjährigen Plan für das Dstprogramm, dessen Ausführung sich nach den jeweiligen Staatsverhältnissen richten soll.

\* Ein von extrem rechtsstehenden Militärpersonen versuchter Staatsstreich in Spanien ist mißglückt, die beiden anführenden Generale sind verhaftet worden.

## Regierungspolitik in Preußen.

Braun vor dem Landtag.

Berlin, 9. Mai.

Ministerpräsident Dr. Braun leitete die zweite Beratung seines Haushalts im Preussischen Landtag mit längeren politischen Ausführungen ein. Er äußerte sich zunächst zu den Angriffen wegen seiner Rede auf einer Kundgebung zur Erinnerung an die Niederschlagung des Rapp-Putsch am Volkstrauertag. Bei diesem Trauertag handelte es sich mehr um eine Vereinsangelegenheit als um eine allgemeine Volksfrage. Der Ministerpräsident erklärte noch, daß der Mißbrauch evangelischer Kirchen

zu Veranstaltungen im Sinne des Revanchegedankens und gegen die heutige Regierung nicht gerade dazu beitragen könne, die Verhandlungen über einen Vertrag zwischen dem Staat und der evangelischen Kirche zu fördern. (Wah! und hört! hört! rechts). Der Ministerpräsident rechtfertigte dann die Haltung der Staatsregierung im Falle

der drei disziplinierten hannoverschen Landräte, die angesichts ihres offenen Affronts gegen die Regierung nicht länger in ihrem Amt hätten belassen werden können.

Zur Frage der Reichsreform

erklärte der Ministerpräsident entgegen den im Zusammenhang mit dem preussischen Antrag auf Beseitigung des Paragraphen 35 des Finanzausgleichsgesetzes gegen Preußen erhobenen Vorwürfen, daß der Staatsregierung nichts ferner liege, als einen irgendwie gearteten Zwang auf die kleinen Länder auszuüben. Der Ministerpräsident wies dann die in außerpreussischen Ländern hervorgetretene Ansicht zurück, als ob durch die Aufwendungen für die Dsthilfe dem Staate Preußen ein besonderer Dienst erwiesen werde. Geradezu grotesk mude es an, wenn jetzt auch Bayern an der Dsthilfe beteiligt sein wolle. Demgegenüber müsse man die Frage aufwerfen:

Wo sind in Bayern die neuen Grenzziehungen? Wo ist dort die gewalttätige Zerstückung des Staatsgebietes durch einen außerstaatlichen Korridor?

Ueber der notwendigen Dsthilfe dürfe die Unterstutzung des Rheinlandes, das außerordentlich unter der Befragung gelitten habe und noch leide, nicht vergessen werden.

Eine offene Wunde bleibe nach dem Abzug der Besatzung aus dem Rheinland noch die Saarfrage. Die Uebernahme neuer Opfer für eine frühere Räumung der Saar könne man aber nicht verantworten. In solchen Fällen wäre es auch im Interesse der Saarbevölkerung besser, die im Versailler Vertrag gefestigte Frist für eine bedingungslose Rückgabe abzuwarten.

Der Ministerpräsident nahm dann scharf gegen die Behauptung rechtsgerichteter Kreise Stellung, daß sich die Staatsregierung vornehmlich von parteipolitischen und nicht von staatspolitischen Erwägungen leiten lasse.

Zentrumsvorstoß gegen die Sozialdemokraten.

Bei der sich an die Rede des Ministerpräsidenten im Landtag anschließenden politischen Aussprache unternahm der Abgeordnete Grebe (Ztr.) einen bemerkenswerten Vorstoß gegen die Politik der Sozialdemokraten im Reichstag.

Er betonte, daß, wenn die Sozialdemokratie, nachdem sie den Youngplan angenommen habe, sich den innerpolitischen Konsequenzen entziehen wolle, er vom staatspolitischen Standpunkt aus kein Verständnis dafür aufbringen könne. Der Kampf der sozialdemokratischen Presse gegen die Regierung Brüning habe Formen angenommen, die dem Zusammenarbeiten der Koalitionsparteien in Preußen nicht förderlich sein könne. Es sei nicht möglich, daß die Sozialdemokratie eine Politik mache ohne jedwede Rücksichtnahme auf die Regierungsverhältnisse in Preußen.

Ministerpräsident Braun erklärte, zu der Vermutung, daß die sozialdemokratische Partei sich den innerpolitischen Konsequenzen der Annahme des Youngplans entziehen wolle, liege kein begründeter Anlaß vor. Die preussische Koalition sei schon Jahre hindurch bei mehrfach wechselnden Reichskoalitionen in verständnisvoller, fruchtbarer Zusammenarbeit von Bestand gewesen, so daß sie auch durch die derzeitige Lage im Reichstag seines Erachtens nicht gefährdet zu werden brauche.

## Um das Geisterschiff.

Eine Erklärung des Wehrministers.

Berlin, 9. Mai.

Der Haushaltsauschuß des Reichstags begann die Beratung des Marinehaushalts. Nach den Ausführungen des Berichterstatters gab Reichswehrminister Groener zur Frage des Panzerschiffes B im Einvernehmen mit dem Reichskanzler folgende Erklärung ab:

Die Mitglieder des Reichstages wissen, daß ich kein kritikloser Flottenschwärmer bin. Sie wissen aber auch, daß ich den Ersatz unseres gänzlich veralteten Schiffsmaterials für unbedingt notwendig erachte. Diesen Standpunkt habe ich auch bei der Beratung meines Haushalts im vorigen Reichskabinett vertreten und auf Einsetzung einer ersten Rate für das Panzerschiff B in Anbetracht der besonders angespannten Haushaltslage, also nur aus finanziellen Gründen, erst verzichtet, nachdem vom Reichskabinett einstimmig, also auch unter Zustimmung der vier sozialdemokratischen Minister, in einer besonderen Entschließung festgelegt wurde, daß mit dem Haushalt 1931 ein Schiffbauersatzplan, der auch den Ersatz der Linienfahrzeuge enthalten sollte, vorgelegt würde.

Bei dieser Einstellung war es eigentlich selbstverständlich, daß ich dem Antrage Ostpreußens im Reichsrat, der eine kleine erste Rate für das Panzerschiff B vorsehe, ohne dabei die Summe des Marinehaushalts zu erhöhen, sympathisch gegenüberstand.

Nur um den Zeitpunkt des Baubeginns handelt es sich also, und die Entscheidung hierüber bittet die Reichsregierung den Reichstag selbst zu treffen. Ich nehme an, daß der Reichstag einer so zusammengefaßten Entschließung auf Voregung eines langfristigen Planes für Ersatzbauten zustimmt. Die Reichsregierung wird ihrerseits den Beschluß der früheren Reichsregierung in dieser Frage aufrecht erhalten.

Panzerschiff B abgelehnt.

Im Haushaltsauschuß des Reichstags wurde die erste Bauquote für das Panzerschiff B mit 19 gegen 13 Stimmen bei drei Stimmenthaltungen abgelehnt. Gegen die Bauquote stimmten die Sozialdemokraten, Demokraten, Kommunisten und zwei Zentrumsabgeordnete. Der Stimme enthielten sich die Bayerische Volkspartei und ein Zentrumsabgeordneter. Für Rate stimmten die übrigen Fraktionen und ein Zentrumsabgeordneter.

## Mißglückte Staatsstreichpläne.

Zwei Generale verhaftet.

Madrid, 9. Mai.

In den frühen Morgenstunden wird bekannt, daß die Generale Martinez Anido in Madrid und Barrera in Barcelona für die Nacht zum Donnerstag den Sturz der Regierung Berenguer mit Hilfe eines Teils des Militärs in beiden Städten, vor allem der Husarenregimenter, geplant hatten. Die Unternehmung kam nicht zur Ausführung, da der größte Teil der Garnison sich weigerte, mitzumachen. Als die Regierung über die Gefahr, in der sie sich befand, unterrichtet wurde, ließ sie sofort die beiden Generale in ihren Wohnungen verhaften, wo sie zunächst unter Bewachung verblieben. Einzelheiten über die Vorbereitungen zu diesem neuen Staatsstreich sind noch nicht bekannt, jedoch steht fest, daß die Studentenunruhen der letzten Tage, bei denen auch ein Husarenoffizier lebensgefährlich verletzt wurde, den unmittelbaren Anlaß gegeben haben.

Sobald die Republikaner von der Sache erfuhren, kamen in der Wohnung des ehemaligen Ministers Villanueva die Universitätsprofessoren Maranon und Sanchez Roman, die ehemaligen Minister Sanchez Guerra und Melquiades Alvarez, die Generale Riquelme und Aguilera sowie die Republikanischer Führer Ferrero und Domingo zu einer Besprechung der Lage zusammen.

Sie beschloßen, im Falle der Verwirklichung des Staatsstreichs Widerstand bis aufs äußerste zu leisten, was also einen sicheren Straßenkampf bedeutet hätte.

Der König soll beabsichtigen, baldigst eine liberale Regierung unter dem Vorstoß des ehemaligen Ministers Santiago Alba zu bilden, der während der Diktatur in Paris verbannt war, und mit dem Grafen Romanones als Landtagspräsidenten.

In Madrid herrscht völlige Ruhe, die aber auch nur trügerischer Art sein kann, da jeden Augenblick die Möglichkeit besteht, daß die Erregung sich in einer Weise Luft schafft, die die Verhältnisse von Grund auf ändert. Aus Salamanca wird berichtet, daß die dortige Studentenschaft dem aus Madrid zurückgekehrten Unamuno einen begeisterten Empfang bereite, wobei Gedentafeln für Primo de Rivera und den früheren Unterrichtsminister vernichtet wurden.

Die Lage in Spanien.

Der Temps hat einen Sonderberichterstatter nach Spanien entsandt. In seinem heute veröffentlichten ersten Telegramm meldet er, daß man in Madrid einen Aufstand erwartet. Die Aufwühlbewegung sei von der Husarenregiment ausgegangen und die Generale Martinez, Apido, Barrera und Caro stünden dieser Bewegung nicht fern. Berenguer scheine entschlossen zu sein, seine Politik nicht zu ändern. Seit Montag hätten sich die Anzeichen einer ernstlichen Krise bemerkbar gemacht. Einen Augenblick haben man sogar annehmen können, daß die Regierung zurücktreten werde. Die Lage habe so ernst ausgesehen, daß der frühere liberale Minister Villa Nueva die Politiker, die Anhänger der verfassunggebenden Cortes seien, zu einer Besprechung zusammenberufen habe. Ueber die Maßnahmen, die beschlossen worden seien, werde Stillschweigen beachtet. Die Beunruhigung sei erst bei Tagesanbruch völlig verschwunden, ohne daß man jedoch wisse, warum die Bewegung gescheitert sei.

## Politische Rundschau.

„Hannover“ und „Schleswig-Holstein“ in Athen. Die Dampfschiffe „Hannover“ und „Schleswig-Holstein“ sind in der Phaleronbucht eingelaufen. Zum Empfang hatte sich eine Reihe von Regierungsvertretern eingefunden.

Oberschlesien ist Notstandsgebiet.

Oppeln, 9. Mai. In der Vollziehung der Oberschlesischen Industrie- und Handelskammer wurde erneut mit allem Nachdruck auf die schwere Notlage der Provinz Oberschlesien hingewiesen, die durch den weiteren Konjunkturrückgang in der Kohlen- und Eisenindustrie ins Unerträgliche gestiegen sei. Den Auswirkungen des deutsch-polnischen Handelsvertrages werde mit allergrößten Besorgnissen entgegengesehen. Scharfe Kritik wurde auch am Dstprogramm geübt, das für Oberschlesien völlig unzureichende Hilfsmassnahmen vorsehe. Die Beratungen fanden ihren Niederschlag in einer einstimmig angenommenen Entschließung, in der von der Reichs- und der preussischen Staatsregierung die Anerkennung Oberschlesiens als wirtschaftliches Notstandsgebiet gefordert wird.

Daugois Nachfolger Seipels?

Wien, 9. Mai. Dr. Seipel hat der christlichsozialen Parteileitung mitgeteilt, daß er den Parteivorstand nicht wieder übernehmen wolle. Daraufhin wird die Reichsparteileitung zusammengetreten, um einen neuen Parteivorstand vorzuschlagen, der dann durch den Parteirat gewählt werden soll. Es verläutert mit Bestimmtheit, daß der neue Parteivorstand der Bizekanzler und Heeresminister Daugois sein wird, der bekanntlich Dr. Seipel politisch sehr nahesteht.

Vor einer Umbildung der rumänischen Regierung?

Bukarest, 9. Mai. Durch die Ernennung des Ministers für öffentliche Arbeiten, Salica, zum Regionaldirektor von Besarabien und des Unterstaatssekretärs Moldanau zum Regionaldirektor in Siebenbürgen ist die Frage der Umbildung der Regierung neuerdings reif geworden. In unterrichteten Kreisen wird der Wiedereintritt des gewesenen Unterstaatssekretärs Joranesco als siche angenommen. Dagegen fordern die siebenbürgischen Abgeordneten der Wehrheitspartei den Eintritt des gewesenen Finanzministers Popowitsche in das Kabinett.

Doppelte Niederlage Hoovers im Senat.

Wanook, 9. Mai. Präsident Hoover hat im Senat eine doppelte Niederlage erlitten. Zunächst lehnte der Senat die Bestellung des von Hoover vorgeschlagenen John Parkers zum obersten Richter von Amerika mit 41 gegen 39 Stimmen ab. Eine Ablehnung erfuhren ferner die Änderungsanträge zur neuen Zollvorlage. Die Vorlage wurde an den Ausschuß zurückverwiesen mit der Bemerkung, daß der Senat an den Änderungsanträgen festhalten müsse, die sich auf die Ausfuhrabgabe beziehen und Abschaffung der Zuständigkeit des Präsidenten für die Bestimmung der dehnbaren Zollsätze fordern.

22 Rotfrontkämpfer festgenommen.

In Spandau wurden am Donnerstagabend an der Melanthon-Kirche 22 Teilnehmer an einem kommunistischen Demonstrationen in Stärke von insgesamt 250 Köpfen zwangsgestellt, weil sie die Uniformen des verbotenen Rotfrontkämpferbundes und der Antifaschistischen Jungen Garde trugen. Außerdem beschlagnahmte die Polizei ein Schild mit Aufschriften. Die zwangsgestellten Personen wurden der Abteilung Ia des Polizeipräsidiums zugeführt.

Um die Verteilung der Abschnitte.

Wie der „Excellior“ über die Pariser Verhandlungen der Finanzsachverständigen erfährt, wird der Betrag der Obligationen der Younganleihe in jedem Lande, in dem eine Emission der Obligationen stattfinden soll, entsprechend den Gewohnheiten des Marktes und des Publikums festgesetzt werden. Der französische Anteil an der Emission werde sich auf 80 Millionen Dollar stellen.